

# Junge Abgeordnete machen trägen Beamten Beine

## Zwischen Rathaus und Preußischem Landtag

Von Joachim Fahrn

Früher hatten Abgeordnete ein bequemes Leben. Weiland bot der Preußische Landtag zwar repräsentative Räumlichkeiten, aber kaum Arbeitsplätze. Die Herrschaften kamen, hoben die Hand für die Regierungsvorschläge und verschwanden dann im Casino.

Daran änderte sich zunächst wenig, als das Berliner Abgeordnetenhaus in den Bau an der Niederkirchnerstraße einzog. Zwar wurden allerhand Büroräume unter Dachschrägen gezwängt oder in Aufbauten gesetzt. Aber zu Zeiten der großen Koalition erinnerte das Gebaren der Parlamentarier sehr an preußische Honoratioren. Die Spitzenleute gaben die Linie vor, die Verwaltung schrieb die Gesetzestexte. Die Mehrheit von CDU und SPD war so sicher, dass Kritiker in den eigenen Reihen wenig Chancen hatten, gehört zu werden.

Das hat sich geändert. Viele jüngere Abgeordnete aus den Fraktionen von SPD und PDS wollen nicht nur Abnicker sein. Abgeordnete wie Dilek Kolat, Stefan Zackenfels, Bert Flemming, **Bernd Schimmler**, Kirsten Flesch oder Daniel Buchholz von der SPD oder Marian Krüger, Carl Wechselberg oder Benjamin Hoff von der PDS mischen sich besonders gern in die unerotischen Strukturfragen der Bürokratie ein, hinterfragen die Sinnhaftigkeit vieler Regeln, streiten für mehr Effizienz und wollen nicht nur in alter Manier Wohltaten verteilen. Sie streben danach, die Rolle des Parlaments als Gesetzgeber mit Leben zu erfüllen. Und weil einige noch Berufe als Selbstständige oder in Firmen ausüben, müssen sich die Halbzeit-Parlamentarier schon mal morgens um halb acht zur Arbeitssitzung treffen.

Denn der Eindruck hat sich durchgesetzt: Die Verwaltung kann es nicht. Die Beamten mauern vor allem dann, wenn es an ihre eigene Existenz geht - und gerade dort sind Veränderungen für die seriösen Wilden von Rot-Rot politisch geboten. Zuerst war es das Konzept zur besseren Verwaltung öffentlicher Gebäude, das viel diskutierte Facility Management, das maßgeblich aus der Feder von Abgeordneten stammte. Das neue Müll-Konzept setzten die Abgeordneten im Alleingang gegen Verwaltung und BSR durch.

Seit Wochen werkeln die Parlamentarier gegen hinhaltenden Widerstand an einer Neuordnung des Liegenschaftsfonds, der Berlins Grundstücke und Immobilien besser verkaufen soll. Bei der One-Stop-Agency zur Wirtschaftsförderung spielte das Parlament entscheidend mit. Auch an das gerade eingebrachte Gesetz über den zentralen Stellenpool für die überzähligen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes müssen die Volksvertreter ran. Den Entwurf der Verwaltung könne man "in die Tonne treten", heißt es in den Fraktionen. Staatsdiener wollen eben nicht wirklich dafür sorgen, dass ihr Abbau auch funktioniert.

Sehr ähnlich läuft die Sache bei den diversen Vorschlägen zum Abbau von Vorschriften. Nächster Coup soll das seit jeher auf die lange Bank geschobene Projekt eines vernünftigen Managements der vielen Beteiligungen Berlins sein, für das sich seitens der Exekutive niemand verantwortlich fühlt. Inzwischen hat auch der Regierende Bürgermeister erkannt, dass ihm die schlaun Köpfe in den Fraktionen nützlich sein können, wenn sie auch bisweilen mit Fragen und Kritik nerven.

Denn viele Reformprojekte werden zwar ganz oben gutgeheißen. Die Fachsenatoren schaffen es aber nicht, aus ihren Verwaltungen brauchbare Konzepte zu bekommen und lassen sich von den hausinternen Bedenkenträgern kleinkriegen. Da greift der Regierungschef gern auf die reformfreudigen Gesetzgeber zurück. Gerade haben sie von ganz oben freie Hand bekommen, den heftig umstrittenen Stellenpool zu regeln. Einzige Vorgabe: Es muss ein hartes Durchgriffsrecht geben.

MP01062003